

Bildet die FHNW Schulleiter gut aus?

Einigen Führungskräften fehlen elementare Kenntnisse in Personal- und Verwaltungsrecht, moniert der Lehrerverein.

Michael Nittaus

Der jahrelange Führungsstreit an der Sekundarschule Oberwil, den diese Zeitung publik machte, beschäftigte auch die Rechtsberatung des Lehrervereins Baselland (LVB) so intensiv wie kein anderer Fall. Mehrere aufsichtsrechtliche Anzeigen waren das Resultat. Im Fokus stand dabei meistens die ehemalige Schulleitung. Der Fall Oberwil, der in mehreren Krankschreibungen von Mitgliedern der Schulleitung und Rücktritten dreier Schulräte mündete, mag extrem sein. LVB-Vizepräsident Philipp Loretz möchte nicht weiter auf diese Konflikte eingehen. Wichtiger ist ihm, auf ein grundsätzlicheres Problem hinzuweisen, auf das die Lehrgewerkschaft immer wieder stösst: «Aufgrund jahrelanger Erfahrung stellt der LVB fest, dass es manchen Schulleitungsmitgliedern an elementaren Kenntnissen in den Bereichen Personal- und Verwaltungsrecht fehlt.»

LVB nicht einzig kritischer Lehrerverband der Region

Eine wiederkehrende Folge davon seien juristische Auseinandersetzungen, an deren Ende nicht selten Kanton und Gemeinde massive Kosten tragen müssten, weil nicht gesetzeskonforme Entscheide gefällt worden seien. Gemäss Loretz könnten einige Gänge vor die Gerichte vermieden werden, würden Schulleitende in diesen Bereichen besser ausgebildet. Er ist sich bewusst: «Die Management-Aufgaben der Schulleitungen sind in den letzten Jahren vielseitiger, anspruchsvoller und belastender geworden.»

Greifbar wird diese Entwicklung etwa daran, dass die neueste Fassung des Leitfadens «Rechtliche Verantwortlichkeit von Lehrpersonen im Beruf» des Lehrervereins Schweiz dreimal dicker ist als die vorherige Version. Loretz sagt: «Wir fragen uns, wie die Qualität gesichert werden kann und finden, dass es eine vertiefte Ausbildung auf Masterstufe braucht. Das fehlt heute noch.» Dies sei nicht bloss ein Anliegen des LVB, sondern auch der Lehrerverbände von



Die FHNW in Muttenz bildet nicht nur Lehrer, sondern auch Schulleitende aus. Bild: bz-Archiv/Juri Junkov

Basel-Stadt, Solothurn und dem Aargau.

Direkt betroffen von der Forderung ist die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW), die unter anderem in Muttenz Schulleitende ausbildet. Sie bietet seit 2012 die berufsbegleitende Ausbildung «CAS Schulleitung» an, die in einem von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) anerkannten Zertifikat mündet. Auf Anfrage sagt Urs Ober-

«Es braucht eine vertiefte Ausbildung auf Masterstufe. Das fehlt heute noch.»

Philipp Loretz
Vizepräsident Lehrerverein BL

thaler, Leiter des Zentrums Professionen im Schulfeld der PH FHNW: «Der Lehrgang CAS Schulleitung wurde unter anderem in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft konzipiert und enthält eine ganze Sequenz zu betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.»

Zudem werde die Qualität des Lehrganges durch ein Evaluationssystem regelmässig evaluiert. Ein Praxisbeirat aus erfahrenen Schulleitenden diskutiere Bedürfnisse und Anforderungen

aus der Praxis. Dadurch seien auch bereits Optimierungen vorgenommen worden. Oberthaler: «Die rechtlichen Grundlagen werden stärker kantonal ausgerichtet als früher und durch Vertreter der vier Bildungsdepartemente der Trägerkantone vermittelt.» Er betont aber auch, dass das Zertifikatsprogramm «nicht beliebig erweiterbar» sei, da es den EDK-Vorgaben entsprechen müsse. Eine Weiterbildung zu einem Masterabschluss in «Change-management» sei bereits heute möglich.

Schulleiterverband warnt vor Ausdünnung des Markts

Unterstützung erhält die FHNW vom Verband der Baseltbieter Schulleitenden (VSL). Co-Präsident Michael Müller sagt: «Bei unserem nationalen Dachverband wird die Einführung eines Masterstudiengangs zwar ebenfalls diskutiert. Dies könnte die Anerkennung nach aussen steigern. Setzt man die Hürde aber hoch an, werden nur wenige Leute dafür gefunden, was den Markt noch mehr ausdünnert. Ich persönlich finde nicht, dass es einen Master braucht.» Müller hält Kompetenz in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen zwar wie der LVB für wichtig, doch einen Ausbildungsmangel sieht er nicht: «Wir brauchen Leute mit Visionen, die motivieren und unsere Schulen vorwärtsbringen. Für rechtliche und wirtschaftliche Fragen gibt es bei der Baseltbieter Bildungsdirektion verschiedene Ansprechpartner, die unterstützen.»

Genau das ist für Loretz ein Teil des Problems. Die Berater im «Stab Personal» der Bildungsdirektion hätten eine heikle Doppelfunktion. Sie beraten Schulleitungen und Schulrätinnen bei aufsichtsrechtlichen Anzeigen. Wird die Anzeige weitergezogen, muss der Stab Personal zuhause der Regierung zu seiner eigenen Beratung Stellung beziehen. «Das ist ein Fehlkonstrukt», so Loretz. Der LVB setzt sich daher dafür ein, dass der Kanton professionell ausgebildete Mediatoren einstellt, um Konflikte frühzeitig und niederschwellig zu lösen.